

Kreistagsfraktion SPD Kreis Offenbach, Donnerstag, 2. Juli 2015

Schulsozialarbeit holt Kinder in die Gesellschaft zurück

Einen Einblick in die Praxis der Schulsozialarbeit im Kreis verschaffte sich die SPD-Kreistagsfraktion durch ein Gespräch mit Schulsozialarbeitern, einem Träger und einer zuständigen Abteilungsleiterin einer Stadt aus dem Kreis. Dass alle Beteiligten die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit betonten verwunderte nicht, im Detail äußerten die Fachkräfte aber durchaus unterschiedliche Standpunkte. Geschuldet der Tatsache, dass Schulsozialarbeit an einigen Schulen im Kreis nach fünfundzwanzig Jahren ein anerkannter Bestandteil des Schulalltages ist, während neue Angebote ihren Platz erst „erkämpfen“ müssen.

Da es Schulsozialarbeit, hälftig finanziert durch Kreis und Standortkommune der Schule mit insgesamt 900.000 € pro Jahr, nur an Hauptschulen bzw. Hauptschulzweigen an Gesamtschulen gibt, liegt es nahe, einen Schwerpunkt in der Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler zu vermuten. Doch dem ist nicht so. „Die Schülerinnen und Schüler leben oftmals am Rand der Gesellschaft und haben daher vielfältige psycho-soziale Probleme, haben ihre Identität noch nicht gefunden und hinzu kommen noch die Probleme in der Pubertät.“ So beschreibt es eine Praktikerin.

So bietet die Schulsozialarbeit den Heranwachsenden eine Möglichkeit frei vom Druck durch Eltern und Lehrer „mit jemandem reden zu können“, der sie als Person akzeptiert, um damit eine verlässliche Beziehung aufzubauen. Je früher es dieses Angebot gibt, um so erfolgreicher kann es sein.

Schulsozialarbeit ist auch nicht nur ein Angebot für besondere soziale Gruppen, sondern sollte für alle Schülerinnen und Schüler da sein, jahrgangsorientiert und unabhängig von kulturellen und religiösen Umständen, und nicht nur für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler. Zusätzlich kann Schulsozialarbeit auch die Verbindung zu anderen Hilfsangeboten herstellen, quasi als Scharnier zwischen Schule, Familie und Gemeinwesen.

Da Schulsozialarbeit am Ort Schule angesiedelt ist, erreicht sie auch alle Schülerinnen und Schüler theoretisch.

Praktisch begrenzt durch eine dünne Personaldecke, durch befristete Arbeitsverträge und durch die Beschränkung auf die Hauptschule.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Schule lassen das Ergebnis dieses Gespräches nun direkt in die Diskussionen um das Wahlprogramm 2016 einfließen. Ihre Forderungen zusammengefasst sind: Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit auch durch das Land Hessen und Ausdehnung des Angebotes auf alle Schulen, mit dem Schwerpunkt auf den Grundschulen.